

## Friedensstadt Freiburg - Stellungnahme

Grundsätzlich: Wir finden es sehr gut, dass sich Menschen in Freiburg für Frieden einsetzen und Bündnisse schliessen und sich mit politischen Forderungen auch an die Kommunalpolitik wenden. Die Rahmenbedingungen von Kommunalpolitik sind die nächsten Jahre davon gekennzeichnet, dass die Ressourcen, mit denen Politik umgesetzt werden können, zunehmen knapp werden.

Dies betrifft zum einen die finanziellen Mittel, die der Stadt zur Verfügung stehen, um Zuschüsse zu gewähren und konkrete Einrichtungen zu fördern. Wir werden verstärkt priorisieren müssen und uns auf das beschränken, was klar kommunale Aufgabe ist - wie z.B. kommunale Pflichtaufgaben, aber auch z.B. die kommunale Kulturförderung. Wir sehen keinen Spielraum in der Förderung von Einrichtungen, die nicht kommunal sind und für die das Land zuständig ist, wie z.B. Hochschulen o.ä.

Zum anderen sind aber auch die Ressourcen in der Stadtverwaltung begrenzt. Zahlreiche Stellen sind aufgrund des Fachkräftemangels nicht besetzt. Auch hier werden wir stärker als bislang priorisieren müssen. Ein Ausbau der Städtepartnerschaften z.B. ist personell nur mit zusätzlichem Personal zu stemmen - Personal, das viel dringender gebraucht wird um z.B. den Antragsstau beim Wohngeld oder bei der Einbürgerung abzubauen.

Grundsätzlich stehen wir als Grüne auch dafür, dass sich beispielsweise die Ukraine auch mit Waffen gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands zur Wehr setzen darf und angesichts der Bedrohungslage demokratischer Staaten in Europa durch autoritäre Regimes wie z.B. dem Russland Putins halten wir sowohl eine gut ausgerüstete Bundeswehr als auch Waffenlieferungen an befreundete Staaten für legitim und nötig. In Konsequenz sind wir nicht grundsätzlich gegen verteidigungsrelevante Forschung und Produktion von Waffensystemen in Deutschland.

Zu den einzelnen Maßnahmen:

1. Für Bildungspläne in den Schulen ist das Land zuständig, ebenso wie für die Frage des Besuchs von Bundeswehrangehörigen in Schulen. Nicht nachvollziehen können wir die Forderung, dass über militärische Aktivitäten im Amtsblatt keine Veröffentlichungen stattfinden sollen. Es ist traurige Realität, dass es Kriege gibt und diese betreffen auch unsere Partnerstadt Lwiw. Darüber muss auch weiterhin berichtet werden.
2. Wenn sich in Freiburg eine entsprechende Initiative für ein Friedensfestival bildet, das von vielen Organisationen getragen wird, sind wir gerne bereit über eine Förderung zu sprechen. Aktuell ist uns keine solche Initiative bekannt, die breit getragen wird.
3. Die Stadt hat alle Strassennamen überprüfen lassen, das hat bereits zu einer Umbenennung zahlreicher Strassen geführt, was wir begrüßen. Aus unserer Sicht ist dieser Prozess aktuell abgeschlossen. Die Grüne Fraktion hat sich klar für den Verbleib des Siegesdenkmals im öffentlichen Raum ausgesprochen - als Mahnmal dafür, dass die deutsch-französische Freundschaft eben leider keine Selbstverständlichkeit ist. Eine ausreichende Ausstattung des Dokumentationszentrums Nationalsozialismus unterstützen wir. Wir haben in den letzten 15 Jahren auch die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Freiburgs vorangetrieben, u.a. mit einer großen Ausstellung in den städtischen Museen.
4. Die Stadt fördert bereits einige der genannten Organisationen, so hat die Grüne Fraktion z.B. im letzten Doppelhaushalt eine deutliche Erhöhung für das iz3W beantragt. Über die Förderung muss im Einzelfall entschieden werden - siehe auch die Vorbemerkung.
5. Die Diskussion um die Städtepartnerschaft mit Isfahan zeigt: Die Frage einer Instrumentalisierung von Städtepartnerschaften durch Regierungen ist kaum seriös zu beantworten. Trotz des Einfrieren der offiziellen Kontakte wird immer wieder mit diesem Argument gefordert, diese Städtepartnerschaft zu beenden. Aus unserer Sicht sprechen schon die fehlenden Ressourcen bei der Stadtverwaltung gegen weitere Städtepartnerschaften.
6. Die Grüne Fraktion hat seinerzeit gemeinsam mit anderen Fraktionen die Erklärung der Stadt zum sicheren Hafen initiiert. Wir setzen uns auf allen politischen Ebene dafür ein, dass Fluchtursachen bekämpft werden und Flüchtlinge in Deutschland möglichst gut integriert werden.

7. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Hochschulinstitute zu fördern. In Deutschland herrscht Wissenschaftsfreiheit. Über die Frage der Finanzierung bestimmter Forschungsrichtungen entscheiden die Universitäten und Bund und Land im Rahmen der Hochschulfinanzierung, und nicht die Stadt. Zur Grundsatzfrage von verteidigungsrelevanter Forschung und Produktion verweisen wir auf die Vorbemerkungen.
8. Zur grundsätzlichen Bewertung von Waffenproduktion verweisen wir auf die Vorbemerkungen. Wir sind gegen den Vorschlag Steuereinnahmen aus dem allgemeinen Haushalt zu entnehmen und wie vorgeschlagen in eine Stiftung zu überführen. Dieses Geld würde im Haushalt fehlen und damit hätten wir weniger Mittel für Schulsanierung oder Klimaschutz zur Verfügung.
9. Aktuell gehen wir nicht von einer Bedrohungslage für die Stadt Freiburg isoliert aus. Wie man am aktuellen Krieg in der Ukraine sieht, werden aktuelle Kriege abseits der eigentlichen Front durch Drohnen- und Luftschläge geführt. So z.B. auch gegen unsere Partnerstadt Lwiw.
10. Der aktuelle, völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine und die Angriffe auf zivile Infrastruktur auf unsere ukrainische Partnerstadt Lwiw zeigen: Autoritäre Regime wie z.B. der Russischen Föderation lassen sich nicht davon abschrecken, ob Angriffe als Kriegsverbrechen geahndet werden. Vielmehr setzen sie Drohnenangriffe und Luftschläge gezielt gegen Zivilbevölkerung und zivile Strukturen ein. Aus diesem Grunde halten wir die vorgeschlagenen Beschlüsse für rein symbolisch.